

Verlauf der GR-Sitzung vom 17. Oktober 2007

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.33 Uhr

7 Zuhörer anwesend

Entschuldigt: GR Mag. Hirschmugl-Fuchs (kommt um 19.40 Uhr)
GR Wiesenhofer (kommt ab 21.30 Uhr)

Bgm. Pignitter begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und die Bediensteten Amtsleiter Mag. Marat und Amtsleiter-Stv. und Protokollführer Hrn. Schreiner.

Bgm. Pignitter stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Im Anschluss leitet der Bgm. die

Fragestunde nach § 54 Abs. 4 der Stmk. Gemeindeordnung ein
(sämtliche Anfragen werden, falls nicht gesondert angeführt, an den Bgm. gerichtet).

2.Vzbgm. Lang informiert den Bgm. über eine Veranstaltung der Wirtschaftskammer Österreich am 09.09.2007 um 19.00 Uhr im Gh. Pendl, Kalsdorf.

Dabei sei der Marktgemeinde Lieboch als wirtschaftsfreundliche Gemeinde des Bezirkes Graz-Umgebung die Auszeichnung „Goldener Boden 2007“ in Bronze überreicht worden. Da er bei der Veranstaltung zufällig anwesend gewesen sei, habe er diese Urkunde heute mitgenommen, um sie der Marktgemeinde Lieboch zu übergeben. Einige Gewerbetreibende haben die Marktgemeinde Lieboch bei der Wahl nominiert.

- Der Bgm. sagt, er habe davon keine Kenntnis gehabt und sei damals auf Urlaub gewesen.
Er könne sich an diese Einladung nicht erinnern.

2.Vzbgm. Lang meint, das wisse er nicht, es sei nur gesagt worden, dass die Bürgermeister eingeladen wurden.

Der Bgm. bedankt sich bei 2.Vzbgm. Lang

1. Frage VM ÖkR KONRAD gibt bekannt, dass Frau Raunigg, Kohutweg, schon etliche Male beim Bgm. gewesen sei. Sie habe nunmehr auch ihn darauf angesprochen, dass ihr Kind schon mit einer Lampe über den Fußgängersteg „Zenzwegerl“ gehen müsse. Es sei dort so rutschig und der Bgm. habe mitgeteilt, darüber nachzudenken, die Situation zu verbessern.

VM ÖkR KONRAD fragt, ob es machbar sei, beim Beginn des Steges eine zusätzliche Straßenlampe aufzustellen.

- Der Bgm. sagt, Bmst. Ing. Joham habe das bereits überprüft. Es gäbe dort einen etwas längeren Abstand von ca. 60 m zwischen den Straßenlampen, was etwa 10 m mehr als normal sei.
Erst gestern sei ein Anbot über ein neues Produkt, nämlich eine Solarlampe, im Gemeindeamt eingelangt. Man werde prüfen, ob diese Variante dort eingesetzt werden kann, um das Problem zu beheben. Man habe in der Vergangenheit auch schon die Lampen etwas weiter auseinandergesetzt, um Strom zu sparen. Eine Ergänzung der Ausleuchtung mit besagten Solarlampen werde aber versucht.

1. Frage – GR Mag. Marx teilt mit, bezüglich fehlender Fahrradständer am Friedhof angesprochen worden zu sein und regt an, an beiden Eingänge einen solchen aufzustellen.

- Der Bgm. sagt zu, den Wirtschaftshof damit zu beauftragen.

1. Frage – 2.Vzbgm. Lang fragt, wie weit die Situation bezüglich des Radweges nach Unterpremstätten sei bzw. ob es schon eine Rückmeldung des Landes gibt.

- Der Bgm. erinnert, dies bereits in der letzten Gemeindevorstandssitzung erklärt zu haben. Der zuständige Referent sei bis 22.10. auf Urlaub. Daher ersuche er um Geduld.
- 2.Vzbgm. Lang sagt, er könne das nicht überprüfen und nehme es zur Kenntnis.

1. Frage – GR Zarfl sagt, er habe zur Kenntnis genommen, dass die Ortstafeln neu versetzt worden sind. Im Bereich Spatenhof habe sich das als sehr positive Entscheidung herausgestellt.

Im Bereich Kreuzung LB 70/Siedlungsstraße habe er festgestellt, dass die Gefahr jetzt größer sei als vorher. Zuvor habe es dort eine 70 km/h-Beschränkung gegeben und dementsprechend habe man aufgepasst.

Jetzt gäbe es von Graz nach Lieboch kommend eine 80 km/h-Beschränkung. Da sErste was man sieht, sei das Ende der Geschwindigkeitsbeschränkung. Jene, die aus der Siedlungsstraße herauskommen, hätten daher ein falsches Sicherheitsdenken, weil unmittelbar vorher der Ortsbeginn sei und die herannahenden Fahrzeuge eigentlich nur mit max. 50 km/h fahren dürften.

In Wahrheit würden die Leute aber dort beschleunigen. Daher regt GR Zarfl an, zum Zwecke der besseren Sichtbarkeit, an dieser Stelle beidseitig eine Ortstafel aufzustellen.

- Der Bgm. antwortet, man werde dieses Ersuchen an die BH Graz-Umgebung, Verkehrsreferat, Herrn Stadler, weiterleiten.

GR Zarfl ergänzt, man könne sich das vor Ort ansehen. Man merke, dass es die Leute regelrecht erschrecke, weil sie in der Annahme des Endes der Geschwindigkeitsbeschränkung, beschleunigen zu können, Gas geben und erst danach den Beginn des Ortsgebietes sehen. Die Ortstafel sei zudem im „toten Winkel“.

Es sei ihm aufgefallen, dass es nunmehr noch mehr Bremsspuren als zuvor gibt.

Er habe in Ausnahmefällen schon beidseitige Ortstafeln gesehen, so GR Zarfl.

Anm.: GR Mag. Hirschmugl-Fuchs(19.40 Uhr) ist in der Zwischenzeit zur Sitzung erschienen und wird vom Bgm. begrüßt.

1. Frage – GR Paar fragt, wer für das Ersuchen eines Gewerbebetriebes an den Kulturausschuss zuständig ist bzw. beantwortet. Dabei habe es sich um ein Förderungsansuchen gehandelt.

- Der Bgm. informiert, man habe im Gemeindevorstand einen Beschluss gefasst, für gewisse Kulturveranstaltungen von Gewerbetreibenden, eine Pauschalsumme in der Höhe von € 300,00/Jahr zu gewähren. Das Antwortschreiben sei bereits versandt worden. Man könne nicht anfangen, Ungleichbehandlungen zu setzen und man habe das auch so gewollt. Die beschlossene Summe werde nach der Veranstaltung überwiesen.

GR Paar sagt, die Inhaber seien derzeit auf Urlaub, deshalb habe sie gefragt.

Bgm. Pignitter ergänzt, es habe bereits eine Entscheidung für solche Veranstaltungen gegeben; darüber entscheiden könne ohnehin nur der Gemeindevorstand oder der Gemeinderat.

2.Vzbgm. Lang wisse aber darüber Bescheid.

2. Frage – GR Paar sagt, sie sei in Ilok gewesen, dabei habe sie erfahren, dass die dortige Schule Šarengrad schon im April 2007 ein Mail hinsichtlich eines Ersuchens um Bücher gesandt habe und fragt, wo das E-Mail gelandet sei.

- Der Bgm. meint, das sei eine gute Frage. Man müsse alle alten E-Mails durchsehen, er könne dazu jetzt nichts sagen.

GR Paar ersucht, bei solchen Dingen verständigt zu werden. Das E-Mail sei an den Bgm. und an sie gerichtet gewesen. Sie habe es aber nicht bekommen, weil das E-Mail an die Gemeinde geschickt wurde. Dies habe ihr die Schulleiterin vor Zeugen gesagt, so GR Paar.

Bgm. Pignitter sagt, er werde die E-Mails durchsehen und hoffe, dass es nicht irgendwo „untergegangen sei“, da pro Tag ca. 30 E-Mails eingehen. Es würde ihm leid tun, sollte das E-Mail wirklich übersehen worden sein.

2. Frage – GR Zarfl sagt, Frau GR Paar habe ihm einen Anreiz gegeben; er habe bei der Durchsicht der Unterlagen für die GR-Sitzung ein Schreiben gesehen, in dem „an alle Gemeinderäte der Marktgemeinde Lieboch“ angeführt sei.

Es sei schon interessant, wenn solche Schreiben sofort nach Einlangen weitergeleitet würden, weil dann könnte man mit den Betroffenen Rücksprache halten bzw. sich vorinformieren.

Zumindest müsste man wissen, dass das Schreiben im Gemeindeamt aufliegt.

- Der Bgm. sagt zu, dies zu berücksichtigen.

Ende der Fragestunde: 19.45 Uhr

• **Bericht des Bürgermeisters**

Der Bgm. nimmt Bezug auf die Anfrage von VM ÖkR KONRAD in der GR-Sitzung vom 30.07.2007 (Abbruch Stockhalle).

Die Beantwortung der Frage, ausgearbeitet von Bmst. Ing. Joham, wird im Anschluss mittels Beamer an die Bildwand projiziert.

Weiters informiert der Bgm. über ein Schreiben von LR Ing. Wegscheider, die Initiative „Autofreier Tag für Klima und Umwelt“ betreffend.

Dadurch soll die Bevölkerung motiviert werden, wöchentlich einen Wochentag auf das Auto zu verzichten und diesen Willen mit einem „Autofrei Aufkleber“ dokumentieren, welcher am Heck des Fahrzeuges sichtbar angebracht wird. Die entsprechenden Aufkleber können im Gemeindeamt abgeholt werden.

Im Anschluss stellt der Bgm. den **Antrag**, den Tagesordnungspunkt 32. abzusetzen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Weiters stellt der Bgm. den **Antrag**, die Tagesordnung unter „öffentlich“ wie folgt zu erweitern:

25. Klimaschutz – Zielvereinbarung (Mobilitätszentrale in Lieboch)
26. Kinderkrippenbeitrag für Auswärtige

(Dadurch verschieben sich die nachfolgenden Punkte entsprechend nach hinten)

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Im Anschluss gibt die Fraktion „Die Grünen Lieboch“ zu TO-Punkt 21. „Photovoltaik Förderung“ ergänzend einen konkretisierten, schriftlichen Antrag ab.

Daraufhin stellt 2.Vzbgm. Lang den **Antrag**, die Tagesordnung um folgende Punkte zu erweitern:

4. „Amtliche Berichtigung des Baubewilligungsbescheides Wegabtreterung Kohutweg“ und
5. „Subvention für kulturelle Veranstaltungen der gewerblichen Unternehmen“

Gleichzeitig stellt 2.Vzbgm. Lang den **Antrag**, die bisherigen TO-Punkte 10. bis 24. nunmehr als TO-Punkte 6. bis 20. vorzureihen und die bisherigen TO-Punkte 4. bis 9. und die bereits beschlossenen Erweiterungspunkte danach zu behandeln.

Bgm. Pignitter sagt, er lasse zuerst über die beiden Erweiterungspunkte abstimmen.
Es stehe ausdrücklich in der Gemeindeordnung, dass Erweiterungspunkte nachgereiht würden.

Der Antrag von 2.Vzbgm. Lang auf Erweiterung der Tagesordnungspunkte wird **einstimmig beschlossen**.

Der Bgm. sagt, er würde die Reihung der Punkte gerne belassen; seine Fraktion habe die Punkte zudem nicht gekannt.

2.Vzbgm. Lang meint, er habe gewisse Punkte auch nicht gekannt, das ändere aber nichts daran, dass man mit der Situation leben müsse, dass bei anderen Sitzungen diese Dinge auch vorgegeben werden. Es sei auch nicht mutwillig, sondern einfach eine normale demokratische Vorgangsweise.

2.Vzbgm. Lang wiederholt den **Antrag**, die beiden beschlossenen Erweiterungen als 4. und 5. reihen zu wollen und danach die bisherigen TO-Punkte 10. bis 24. als 6. bis 20. vorzureihen.

Bgm. Pignitter sagt, der Gemeinderat habe den Antrag gehört und ersucht über diesen abzustimmen.

Für den Antrag von 2.Vzbgm. Lang stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM ÖKR KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg, (ÖVP), GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch), GR Zarfl (FPÖ), GR Koren und GR Warzinger (SPÖ).

Dagegen stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. Grinschgl, GR Horwath, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz (SPÖ).

Bgm. Pignitter enthält sich, wie er sagt, als Protest, der Stimme (gilt als Gegenstimme).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (11 Dafürstimmen : 8 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung).

Anm.: GR Zarfl verlässt den Sitzungssaal.

Pkt. 1.: Genehmigung und Unterfertigung des Sitzungsprotokolls vom 30.07.2007

GR Warzinger (Sprecherin der Schriftführer) stellt den **Antrag**, das Protokoll vom 30.07.2007 (welches auf Seite 26 nur geringfügig geändert wurde) in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen** (ohne den nicht anwesenden GR Zarfl).

Anm.: GR Zarfl nimmt wieder an der Sitzung teil.

Pkt. 2.: Aufteilung Jagdpachtentgelt

Der Bgm. erläutert, dass das Jagdpachtentgelt für das Jahr 2007 €2.465,40 beträgt. Dieser Betrag ist durch das Gesamtflächenausmaß der Gemeinde Lieboch von 1.174 ha. zu teilen. Es ergibt sich somit ein Hektarsatz von €2,10, für 1000 m² ein Satz von €0,21 und für 100 m² ein Satz von €0,02.

Der Bgm. teilt mit, dass derzeit die vierwöchige Auflagefrist läuft. Der von den Grundstückseigentümern nicht abgeholte Betrag wird zuerst dem Budget zugeführt und gem. GR-Beschluss als Subvention der Bauernschaft überwiesen werden (wird von dieser eigenständig verwaltet).

Der Bgm. ersucht 1.Vzbgm. Grinschgl den Antrag zu stellen.

1.Vzbgm. Grinschgl stellt daraufhin den **Antrag**, den Aufteilungsmodus des Jagdpachtentgeltes vorweg – vorbehaltlich etwaiger Einwendungen – zu beschließen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Pkt. 3.: Antrag auf Lärmschutzmaßnahmen

Bgm. Pignitter teilt mit, dass der Antrag eher kurzfristig eingelangt ist und projiziert das Ansuchen an die Bildwand.

„Im Interesse der Sicherheit und der Lebensqualität der Liebocher Bevölkerung im Ortsteil Spatenhof, wohnhaft links und rechts der Doblerstraße, stellen die Unterzeichner den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. *Errichtung einer Tempobremse mit Schikane an der Straße Landesstraße nach Dobl L304 (im Bereich des Überganges Ortsgebiet – Freilandstraße).*
2. *Beantragung der Vervollständigung des Lärmschutzes von der Autobahn A2 (etwa im Bereich km 192,0 bis 193,5).*
3. *Gespräch mit der Gemeinde Dobl wegen Lärmbelästigung durch Modellflieger.“*

Die einzelnen Punkte werden im Anschluss des Antrages näher erläutert und wurde der Antrag von 19 Anrainern unterschrieben.

Der Bgm. gibt bekannt, dass seitens der Marktgemeinde Lieboch bereits diverse Ansuchen auf Lärmschutzmaßnahmen gestellt wurden.

Zur Tempobremse auf der Landesstraße teilt der Bgm. mit, dass es sich dabei nicht um den Hoheitsbereich der Gemeinde handelt.

Bezüglich des Lärmproblems durch Modellflieger, das er bis dato nicht gekannt habe, müsse man mit der Gemeinde Dobl reden, inwieweit der Flugplatz auch bewilligt und rechtens ist.

Grundsätzlich glaube er, dass der Gemeinderat das Ersuchen sehr wohl unterstützen kann, sodass man die entsprechenden Stellen auffordern werde.

Man habe aber auch in der Vergangenheit seitens der Gemeinde immer wieder verschiedene Anträge gestellt. Das letzte Schreiben war an Bundesminister Faymann adressiert, da die bisherigen Schreiben an die ASFINAG gänzlich ignoriert wurden. Auch an Frau LR Mag. Edlinger-Ploder sei ein Schreiben ergangen.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs meint, da die Ehegatten Götz, die den Antrag eingebracht haben, heute anwesend sind, wäre es vorteilhaft, wenn sie diesen auch dem Gemeinderat schildern könnten.

Der Bgm. sagt, wenn es der Wunsch des Gemeinderates sei, wäre dies möglich.

Anschließend schildert Herr Götz ausführlich die bestehende Situation in Hinblick auf die extremen Lärmbelastungen durch den Schwerverkehr und Modellflieger und zeigt mögliche Verbesserungen, die auch im schriftlichen Antrag angeführt sind, auf. Zu den einzelnen Punkten wird um Unterstützung durch die Gemeinde Lieboch gebeten.

Ein weiterer Punkt, der im Antrag nicht angeführt ist, wäre der Wunsch, der Verparkung des Gehweges entlang der L 304 infolge des sonntäglichen Flohmarktes dahingehend entgegenzutreten, dass eine Niveauehebung des Gehsteiges ins Auge gefasst wird.

GR Mag. Marx meint, das Lärmproblem bestehe in ganz Lieboch. Man sollte auch die schon bestehenden Lärmschutzwände entlang der Autobahn überprüfen.

Bgm. Pignitter führt als Beispiel für die langen Wartezeiten an, dass um die kürzlich fertig gestellte Lärmschutzwand nach Tobelbad vor 10 Jahren angesucht und diese erst jetzt gebaut wurde, da das Geld erst kürzlich freigegeben worden sei.

Die letzte Rückmeldung in Hinblick auf Lärmschutzmaßnahmen entlang der Autobahn habe er vor über zwei Jahren erhalten. Damals sei mitgeteilt worden, es sei beabsichtigt das Teilstück Seiersberg bis Mooskirchen zu sanieren, wenn der Packabschnitt fertig ist. Dabei sollen nicht nur die Fahrbahn, sondern auch die Lärmschutzwände saniert werden.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs meint, das bringe sie zu der Bitte, dass der Gemeinderat nicht nur die Weiterleitung des Antrages beschließen möge, sondern sich auch in zeitlichen Abständen darum zu kümmern, warum keine Antwort gekommen ist bzw. mit den betroffenen Personen Kontakt aufzunehmen, was man tun kann, um mehr Druck zu machen.

Zur Verparkung am Sonntag meint GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, sich an die Firma Hofer zu wenden, um den Parkplatz benutzen zu dürfen.

Bgm. Pignitter, VM ÖkR KONRAD und GR Paar meinen unisono, dass dies mit Sicherheit nicht möglich sei, da die Fa. Hofer dies nicht zulasse.

Der Bgm. sagt, die Exekutive prüfe wirklich sehr häufig und es gäbe viele Strafmandate. Er glaube aber nicht, dass es mit der Öffnung des Parkplatzes erledigt sei, da die Leute zu bequem seien, den Parkplatz zu benutzen. Auch mit einer Gehsteigerhöhung werde man es nicht schaffen, da die Leute einfach über die Kante fahren würden. Man könne die Exekutive nur um noch strengere Vorgangsweise ersuchen.

GR Zarfl meint, der dritte Punkt sollte zwischen den Bürgermeisterkollegen von Dobl und Lieboch geklärt werden. Zu Punkt eins und zwei sei es schon angebracht, wenn der Gemeinderat bekräftigen würde, dass es sich um ein Anliegen der gesamten Gemeinde und nicht nur der Anrainer handelt.

D.h. das Schreiben sollte nicht nur eins zu eins weitergeleitet werden, sondern als Anliegen der gesamten Gemeinde und des Gemeinderates übermittelt werden.

Das wäre sein Antrag zum Tagesordnungspunkt.

Bgm. Pignitter sagt, so hätte er es auch gesehen, das Ansuchen sollte aber trotzdem mitgesandt werden.

Der Bgm. stellt den **Antrag**, das Ansuchen den zuständigen Stellen zur Kenntnis zu bringen und der Gemeinderat möge auch bekräftigen, zum Ansuchen insgesamt zu stehen.

2.Vzbgm. Lang erinnert an ältere anliegende Fälle, etwa entlang der Radlstraße. Auch hier würden Ansuchen vorliegen. Man sei auch bei einem gemeinsamen Gespräch gewesen, bei dem vom Land versichert wurde, man werde das Problem an die ASFINAG weiterleiten.

Bgm. Pignitter sagt, seine Hoffnung habe sich auf das letzte Schreiben an BM Faymann gestützt.

Der Bgm. ersucht über den Antrag abzustimmen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Pkt. 4.: Amtliche Berichtigung des Baubewilligungsbescheides Wegabtretung Kohutweg

2.Vzbgm. Lang stellt den **Antrag**, der Gemeinderat möge beschließen, den Baubewilligungsbescheid der Marktgemeinde Lieboch vom 17.10.2001, Zl. 589-3/2001 im Sinne der Bestimmung des § 68 Abs. 2 AVG bis 30.11.2007 amtlich zu korrigieren, dass die Abtretung von Grünflächen an der Südseite zum Grundstück 1130/2 nur im Ausmaß eines 1,5 m breiten Grundstückstreifens vorgeschrieben wird, wie dies auch im Bebauungsplan 15/01 der Marktgemeinde Lieboch vom 10..07.2001 im Bereich der

betroffenen Liegenschaften vermerkt ist. Diese Vorgangsweise wird ebenfalls durch einen Antrag der IH Immobilien Holding GmbH mit GZ 23 Nc 865/06 t vom 26.09.2007, vertreten durch die Rechtsanwaltssozietät Eisenberger u. Herzog, welche den gleichen Sachverhalt ausreichend und schlüssig schildert, untermauert.

Weiters liegt auch eine entsprechende Unterschriftenliste von den Bewohnern des Kohutweg mit 73 Unterschriften auf.

In der Folge wäre durch die Gemeinde eine Verständigung des Grundbuchsführers zu veranlassen.

2.Vzbgm. Lang verweist weiters auf die bildlichen Aufnahmen des dortigen Hauses und reicht diese durch den Gemeinderat.

Bgm. Pignitter sagt, der Bebauungsplan habe dem Bauträger klar diese Auflage vorgegeben, da auch der Bebauungsplan so vom Gemeinderat beschlossen wurde.

Daher sei diese Abtretungsvorschreibung im Baubescheid völlig rechtens erfolgt, der Bauträger habe dies nur nicht an die betroffenen Anrainer weitergegeben.

2.Vzbgm. Lang sagt, der Bebauungsplan und der Baubescheid seien korrekt. Dafür, dass der Baubescheid nicht beeinsprucht wurde, könnten aber die Bewohner nichts.

GR Zarfl meint, der Bauträger habe verabsäumt, den Baubescheid zu beeinspruchen, da dieser nicht dem Bebauungsplan entspreche.

2.Vzbgm. Lang ist der Ansicht, dass dieser daher amtlich korrigiert gehöre; das sei kein Problem.

2.Vzbgm. Lang verliert anschließend aus dem Rekurs der IH Immobilien Holding an das Bezirksgericht Graz-Ost, wie folgt:

„Die seinerzeitige Grundabtretungserklärung, die ebenfalls in der Anlage in Kopie beiliegt, ist mit 16.10.2001 datiert und von unserem Geschäftsführer unterfertigt worden. Auf dieser Grundabtretungserklärung wird ausdrücklich auf den Bebauungsplan verwiesen, es findet sich hier der Vermerk „laut Bebauungsplan. Nachdem bereits die Grundabtretungserklärung unterfertigt wurde und insbesondere klar war, dass im Bereich des Blocks 12 lediglich ein Gehweg kommt und daher keinesfalls drei Meter breite Wegstreifen abzutreten sind, wurde dem Bescheid der Marktgemeinde Lieboch vom 17.10.2001 /AZ 589-3/2001) keine gesonderte Bedeutung mehr beigemessen.“

2.Vzbgm. Lang sagt, das sei zwar verabsäumt worden, warum aber sollen die Bewohner aufgrund dessen büßen. 2.Vzbgm. Lang verliert weiter:

„Würde nun tatsächlich ein drei Meter breiter Grundstücksstreifen abgetreten werden, würde dies dazu führen, dass im unmittelbaren Wohnbereich der Bewohner des Blocks 12 öffentliches Gut gelegen wäre.“

Es stehe außerdem die Aussage im Raum, dass der Weg in der Form ohnehin nicht benötigt werde, so 2.Vzbgm. Lang.

Im Anschluss trägt, auf Zustimmung des Gemeinderates, der anwesende Anrainersprecher des Objektes Kohutweg 11 sein Ersuchen an den Gemeinderat vor, es beim bestehenden Gehweg in der Breite von 1,5 m zu belassen und auf die weiteren 1,5 m, die per Baubescheid vorgeschrieben wurden, zu verzichten.

Bgm. Pignitter fügt hinzu, er habe bereits beim letzten Gespräch mitgeteilt, dass die Gemeinde diese 1,5 m grundsätzlich nicht beanspruchen werde, weil keine Notwendigkeit besteht.

Der Anrainersprecher meint, man habe aber ein Problem damit, dazu komme die Unverkäuflichkeit durch das öffentliche Gut. Man wisse nicht, wer in 15 Jahren Bürgermeister sei und dieser könne dann dennoch davon Gebrauch machen.

Bgm. Pignitter sagt, der Gemeinderat habe sehr wohl die Möglichkeit, Entscheidungen, die dort im Sinne des Raumordnungsgesetzes durch den Bebauungsplan geschaffen worden sind, einzuschränken. Wenn der Gemeinderat der Meinung sei, es reiche vollkommen aus, sei dies auch sehr wohl möglich. Man müsse dies dann auch im Bebauungsplan in Folge entsprechend korrigieren.

Herr Bmst. Ing. Berghold meldet sich als Zuhörer zu Wort und sagt, der Bebauungsplan sage ja links und rechts je 1,5 m, gesamt also 3,0 m.

Der Bebauungsplan sage ja nicht, dass nur auf einer Seite 3,0 m abgetreten werden, dies sei ja auch von der Verhältnismäßigkeit unsinnig. Der Bebauungsplan sage dies derzeit schon genau so aus.

Jetzt gehe die Gemeinde her und sagt, ich hole mir auf einer Seite 3,0 m, weil der Bauträger unter Anführungszeichen so blöd war und vergessen hat, einen Bescheid zu beeinspruchen.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs meint, der Antrag habe wirklich eine Berechtigung. Jeder, die Siedlung kenne, wisse, wie schmal der Weg und der Bereich seien und dass man schon beim Garten der Bewohner vorbeigehe, wo tagsüber auch relativ viel Fußverkehr sei. Wenn der Weg nun noch näher am Wohnhaus wäre, sei das wirklich unerträglich und nachdem schon mehrmals gesagt wurde, dass kein Bedarf besteht, gäbe es eigentlich keinen Grund, dem Antrag nicht zuzustimmen.

GR Zarfl sagt, der Bebauungsplan weise ganz klar die Situation aus, in die jetzt zurückgeführt werden soll. Ein Irrtum sei beim Erstellen des Baubewilligungsbescheides entstanden. Er gehe davon aus, dass es irrtümlich gewesen sei.

Eine Rückführung in das im Bebauungsplan verordnete Gefüge stelle für den Gemeinderat überhaupt kein Problem dar. Es könne auch ein Tippfehler sein, der die Diskrepanz zwischen Bebauungsplan und Bescheid erklärt. Man habe schon einmal im Gemeinderat einen Tippfehler korrigiert, man könne auch diesen korrigieren, so GR Zarfl.

GR Mag. Marx meint, es sei die falsche Frage, ob die Gemeinde oder der Bauträger Schuld seien. Seine Fraktion werde dem Antrag auf jeden Fall zustimmen und er sei der Meinung, dass die Gemeinde hierbei Kulanz walten lassen sollte, egal wer Schuld sei.

GR Koren bezieht sich auf das Foto, auf dem die Situation ersichtlich ist und meint, wenn das ihr Grund wäre, würde sie sich wahrscheinlich mehr aufregen. Auf jeden Fall sollte man nach dem Motto „nützt nichts, schadet´s nichts“ handeln.

Man könne den Kindern den Lebensraum nicht nehmen - sie spreche hier als Mutter.

Der Bgm. ersucht den Gemeinderat, dem Antrag stattzugeben und ersucht um Zeichen der Zustimmung.

2.Vzbgm. Lang übergibt den schriftlichen Antrag samt Unterschriftenliste an AL Mag. Marat.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Pkt. 5.: Subvention für kulturelle Veranstaltungen der gewerblichen Unternehmen

2.Vzbgm. Lang stellt den **Antrag**, der Gemeinderat möge beschließen, für gewerbliche Unternehmen in Lieboch, die kulturelle Veranstaltungen, die öffentlich beworben und von jedermann besucht werden können (Variete-, Kabarett- und Musikveranstaltungen) – wie im Gemeindevorstand am 28.08.2007 beschlossen – € 300,00 generell und ausnahmslos, einmal jährlich auf Antrag des Veranstalters zu gewähren.

Dieser Beschluss ersetzt alle bisher gefassten Beschlüsse über Förderungen der gewerblichen Betriebe für kulturelle Veranstaltungen und gilt als Generalbeschluss.

Das sei sein Antrag und darüber ersuche er abzustimmen. Der Punkt sei bereits im Gemeindevorstand beschlossen worden, nur jetzt sei er etwas vervollständigt, so 2.Vzbgm. Lang.

1.Vzbgm. Grinschgl meldet sich zu Wort und meint, da man dies eigentlich schon im Gemeindevorstand besprochen habe, ersuche er um eine Sitzungsunterbrechung.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 20.39 Uhr bis 20.53 Uhr.

Bgm. Pignitter sagt, der Antrag von 2.Vzbgm. Lang steht und ersucht den Gemeinderat, darüber abzustimmen.

Für den Antrag von 2.Vzbgm. Lang stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM ÖkR KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg, (ÖVP), GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch), GR Zarfl (FPÖ), GR Koren und GR Warzinger (SPÖ).

Dagegen stimmen

Bgm. Pignitter, GK Blümel, 1.Vzbgm. Grinschgl, GR Horwath, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (11 Dafürstimmen : 9 Gegenstimmen).

Pkt. 6.: Besoldung – Ausschuss Obleute

Bgm. Pignitter sagt, dieser Punkt sei auch schon behandelt worden.

GR Zarfl sagt, er wolle dem Gemeinderat diesen Antrag in etwas abgeänderter Form noch einmal vortragen.

GR Zarfl stellt den **Antrag** auf Gewährung eines Bezuges für Ausschuss-Obleute und dem/der Vorsitzenden der Schriftführer.

Der Gemeinderat möge beschließen, dass Ausschuss-Obleuten und dem/der Vorsitzenden der Schriftführer mit Wirksamkeit vom 1.9.2007 ein Bezug in Höhe von 20 % jenes des Bürgermeisters, entsprechend dem § 10 des Gemeindebezügegesetzes, gewährt wird.

Der Bgm. meint, es sei das Beste, den Antrag gleich zur Abstimmung zu bringen und ersucht um Zeichen der Zustimmung zum Antrag.

Für den Antrag von 2.Vzbgm. Lang stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM ÖkR KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg, (ÖVP), GR Mag. Hirschmugl-Fuchs (Die Grünen Lieboch), GR Zarfl (FPÖ), GR Koren und GR Warzinger (SPÖ).

Dagegen stimmen

Bgm. Pignitter, GK Blümel, 1.Vzbgm. Grinschgl, GR Horwath, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz (SPÖ).

GR Mag. Marx enthält sich der Stimme (gilt als Gegenstimme).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (10 Dafürstimmen : 9 Gegenstimmen : 1 Stimmenthaltung).

Der Bgm. sagt, er könne sich daran erinnern, dass „Die Grünen Lieboch“ bei der konstituierenden Sitzung dagegen gewettert hätten, dass man zu hohe Beträge habe.

Deswegen habe er sich der Stimme enthalten, so GR Mag. Marx.

GR Scherz meint, es sei vorher „schlecht gerechnet“ worden.

Pkt. 7.: Weitere Vorgangsweise in der Sache UVS-Bescheid; Vergabe Sportheim

GR Zarfl sagt, die Marktgemeinde Lieboch habe ja nach dem UVS-Erkenntnis in der Sache Vergabe Sportplatz Lieboch, den Weg zum Verwaltungsgerichtshof gewählt.

Vom VwGH sei zwischenzeitlich ein Beschluss zurückgekommen, der dem UVS-Bescheid volle Rechtskraft bescheinige.

Jetzt hätte er vom Bgm. gerne gewusst, wie dieser gedenke weiter vorzugehen, weil demnach sei die Vorgangsweise der Marktgemeinde Lieboch rechtswidrig gewesen.

Bgm. Pignitter entgegnet, der UVS-Bescheid sei nicht bestätigt, sondern einfach nicht behandelt worden. Das sei ein Unterschied, so der Bgm.

Anm.: Im Anschluss wird der Beschluss des VwGH an die Bildwand projiziert.

GR Zarfl sagt, wenn der UVS nicht von der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes abgewichen ist, sei das Erkenntnis voll rechtskräftig und damit auch zu beachten.

Wenn der VwGH keinen Anlass sieht, den Bescheid zu behandeln oder daran etwas zu ändern, so sei der Bescheid rechtskräftig und richtig. Damit sei er für uns bindend.

Seine Frage sei, wie der Bgm. gedenkt in der Sache weiter vorzugehen.

Bgm. Pignitter: „Abwarten und Tee trinken.“

GR Zarfl ersucht dies zu protokollieren.

Der Bgm. sagt, er könne nichts Anderes machen, weil zu handeln habe er nicht. Dies würden auch die Experten genau so sagen.

GR Zarfl meint, er hätte sich erwartet, dass der Bgm. dies im Bericht des Bgm. bringt. Da es aber nicht gebracht wurde, habe er es auf diese Art und Weise dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen wollen.

Pkt. 8.: Ausschreibung Gemeinde-Homepage

GR Zarfl erinnert, dass dieser Punkt schon einmal im Gemeinderat erörtert und im Kulturausschuss massiv, ohne nennenswertes Ergebnis, diskutiert wurde.

Er habe sich erlaubt, für die heutige GR-Sitzung einen Antrag auf Neuvergabe der Homepage für die Marktgemeinde Lieboch vorzubereiten:

GR Zarfl stellt den **Antrag**, der Gemeinderat möge beschließen, die Homepage für die Marktgemeinde Lieboch neu zu vergeben.

Die Vergabe soll im Direktverfahren gem. § 41 BVergG 2006 erfolgen.

Die Amtsleitung soll mit den von den Fraktionen namhaft gemachten Firmen (höchstens 2 Firmen pro Fraktion), Nennung bis spätestens 20.10.2007, unter Zuhilfenahme der von Frau Mag. Monika Hirschmugl-Fuchs ausgearbeiteten Richtlinien, Vorverhandlungen führen, ein unverbindliches Angebot einfordern und das Ergebnis bis spätestens 10.11.2007 dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen.

Der derzeitige Betreiber der Homepage soll zusätzlich zu den von den Fraktionen genannten Bietern zur Anbotlegung eingeladen werden.

Die Verhandlungen sind so zu führen, dass die neue Homepage mit 01.01.2008 in Betrieb gehen kann.

Die Vereinbarung mit dem derzeitigen Homepagebetreiber, Fa. Wolfgang Scherz s-Werbung, ist sofort, mit Wirksamkeit 31.12.2007, zu kündigen.

Die automatische Verlinkung von www.lieboch.at mit www.lieboch.com ist mit Wirksamkeit 31.10.2007 zu untersagen.

Im Anschluss übergibt GR Zarfl das Konzept, welches wie er sagt, auch schon in der Kulturausschuss-Sitzung vorgelegen sei.

Der Bgm. sagt, seine Fraktion habe bis jetzt gar nichts gesehen.

GR Zarfl entgegnet, es sei im Kulturausschuss diskutiert worden, wenn es von den Kollegen des Bgm. negiert worden sei, könne er nichts dafür.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs habe schon in der Kulturausschuss-Sitzung eine fast idente Unterlage gehabt und die Unterlage sei zu studieren. Diese sei so gut ausgearbeitet, dass man normalerweise nichts mehr tun müsse, man könne aber durchaus noch Ergänzungen durchführen. Die meisten Punkte des Brainstormings seien angesprochen, aber von der SPÖ-Fraktion negiert worden.

Der Bgm. wiederholt, dass seine Leute keine Kenntnis davon gehabt hätten. GR Zarfl sagt, sie hätten es nicht zur Kenntnis genommen.

GR Scherz widerspricht GR Zarfl und sagt, das sei alles ganz anders gewesen. Er wolle auch ganz klar und deutlich zu Protokoll geben, dass die Aussage von GR Zarfl in der letzten GR-Sitzung am 30.07.2007 überhaupt nicht richtig gewesen sei; die Aussage nämlich, dass die Homepage bisher weit über €100.000,00 gekostet hätte. Aufgrund dieser unrichtigen Aussage sei der Gemeinderat falsch informiert gewesen und es sei danach zu einer Abstimmung gekommen. Das finde er überhaupt nicht richtig.

GR Zarfl entgegnet, es wäre an GR Scherz gelegen, die Aussagen, sollten sie unrichtig sein, richtig zu stellen.

GR Scherz führt weiter aus, GR Zarfl hätte dann selbst in der Kulturausschuss-Sitzung einen Zettel vorgelegt, auf dem als Kosten für die Homepage über die vergangenen Jahre ca. €37.000,00 exkl. MwSt. ausgewiesen wurden, also stimme das überhaupt nicht.

GR Zarfl sagt, das stimme nicht, er sei bei der ursprünglichen Berechnung davon ausgegangen, dass die Homepage schon 1997 gestartet habe.

GR Scherz gibt zu Protokoll, dass die Aussagen von GR Zarfl komplett unrichtig gewesen seien.

GR Zarfl ersucht GR Scherz, dass er sich jetzt für die im Kulturausschuss getätigte Äußerung, GR Zarfl wäre ein Lügner und hätte den Gemeinderat belogen, entschuldige.

GR Scherz meint, wenn er so etwas Ähnliches wie diese Wortwahl gesagt habe, möchte er sich entschuldigen, aber trotzdem sei die Aussage von GR Zarfl nicht richtig.

GR Zarfl sagt, er sei sich nicht zu schade gewesen, Originaldaten beizubringen, die ohne weiteres von GR Scherz beizubringen gewesen wären. Auch jetzt habe GR Scherz wieder eine falsche Zahl genannt.

GR Scherz sagt, das stimme überhaupt nicht, damit sei der Punkt klar und er sei von GR Zarfl enttäuscht. So etwas würde er nie machen.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs ist der Meinung, dass es jetzt nicht um richtige oder falsch geäußerte Zahlen ginge. Man habe im Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss gefasst, wo man gesagt habe, man schaue sich das an. Das sei in der Kulturausschuss-Sitzung mit den Fraktionsführern geschehen und sie habe dann einfach versucht, all diese Faktoren, die da zustande gekommen sind, verknüpft mit dem, was sie grundsätzlich zu solchen Dingen wisse, zusammenzufassen.

Das habe sie der Kulturausschuss-Obfrau, Frau GR Koren, als eine mögliche Unterlage geschickt. Es sei darum gegangen, dass alle Fraktionen eine mögliche Diskussionsunterlage einbringen und das sei eben die ihrer Fraktion gewesen.

Sie glaube auch, dass die Unterlage sehr sachlich und neutral sei und sie glaube, man sollte jetzt nur darüber diskutieren, in welcher Form die Ausschreibung, die der Gemeinderat grundsätzlich beschlossen hat, stattfinden soll. Dazu gäbe es jetzt den Antrag von GR Zarfl.

Sie finde es gut, dass GR Zarfl definitiv hineingenommen habe, dass unabhängig davon, welche Bewerber von den Fraktionen genannt werden, Herr Scherz auf jeden Fall ein Anbot legen soll, weil er es schließlich viele Jahre gemacht habe.

Es könne gut sein, dass Herr GR Scherz aufgrund dessen, dass er die Gemeinde so gut kennt, ohnehin das beste Anbot anbietet.

Man sollte wirklich die Emotionen und die Diskussionen um die Beträge die waren, wegschalten und ganz neutral hinschauen, wie es wirklich am Markt sei. Möglicherweise gäbe es auch noch andere Liebocher Firmen; das könnten die Fraktionen nennen, sie würde da überhaupt niemanden nennen wollen.

GR Scherz sagt, man könne nicht irgendetwas sagen und dann schließe man sofort ab, was gar nicht nachvollziehbar sei und auch nicht kontrolliert werde. Das könne im Gemeinderat, wie er finde, nicht sein. Er lasse diesen Betrag nicht auf sich sitzen.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, sie glaube, dass es keinem Gemeinderat um Beträge aus der Vergangenheit geht, die vereinbart waren und in der Form auch nicht nachvollziehbar seien. Es gehe auch nicht darum, dass diese angezweifelt würden, sondern nur um die Zukunft und darum, dass man bereits beschlossen habe, andere Möglichkeiten anzuschauen. Möglicherweise sei die von GR Scherz trotzdem die Beste.

Heute müsse man den Beschluss fassen, in welcher Form man diese Ausschreibung mache. Ob man sie mache, sei eigentlich nicht mehr zu diskutieren, weil das habe man schon beschlossen.

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, GR Scherz meint, dass der GR-Beschluss nur durch die Falschaussage von GR Zarfl zustande gekommen ist.

GR Scherz bestätigt dies und sagt, das sei auch so.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs meint, ihr sei es nie um diese Zahlen gegangen und sie glaube, auch den anderen Gemeinderäten nicht. Ihr sei es immer nur darum gegangen, zu sagen, unter Umständen wäre ein anderer Aufbau, eine andere Form, insbesondere die Nichtverknüpfung der Gemeindewebsite mit einer gewerblichen Webseite, die rechtlich richtige und sachlich klarere Form.

Sie glaube, unter dieser Prämisse habe man auch den Beschluss gefasst; sie glaube auch nicht, dass irgendwer wegen irgendwelchen Tausendern abgestimmt habe um jemanden persönlich zu schaden, sondern nur wegen des Inhalts. So hoffe sie es wenigstens und es sei ein nicht außer Kraft gesetzter einstimmiger Beschluss, so GR Mag. Hirschmugl-Fuchs.

GR Mag. Marx meint, über die beschlossene Ausschreibung brauche man nicht mehr zu diskutieren. Es gehe jetzt rein nur noch darum, welchen Inhalt dieser Antrag habe und nicht mehr um die Ausschreibung.

GR Scherz stellt daraufhin den **Antrag**, der Gemeinderat möge noch einmal darüber abstimmen, dass die Gemeindehomepage neu ausgeschrieben wird.

Dies aufgrund der neuen Tatsache, dass der Geldbetrag der genannt worden ist, überhaupt nicht stimme. Er wolle gerne noch einmal darüber abstimmen lassen, wie es auch immer ausgehe.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, wenn man jetzt die Zahlen ins Spiel bringe, als eine Begründung für eine Anzweiflung eines Antrages, der noch nicht einmal drei Monate alt sei, dann müsse GR Scherz das aber auch mit Unterlagen belegen.

GR Scherz sagt, das von GR Zarfl beigebrachte Zahlenwerk habe man ja in der Kulturausschuss-Sitzung gehabt. GR Zarfl sei extra mit der Schriftführerin hinaus gegangen mit dem „Zauberstift“, habe das ausgedruckt und dann gebracht. GR Scherz fragt, ob das richtig sei.

GR Zarfl sagt das sei richtig, es sei aber nicht „sein“ Zahlenwerk. Es handle sich um korrekte Zahlen, aber es hätte keinen Unterschied gemacht, es wäre kein Problem gewesen, weil GR Scherz ja der Betroffene ist, sei er wahrscheinlich in jeder Phase von diesen Zahlen informiert gewesen.

Alle anderen hätten sich das erst erarbeiten müssen, d.h. GR Scherz hätte ja auch vor Abstimmung des TO-Punktes von sich aus dieses Zahlenwerk vorlegen können.

GR Scherz sagt, man müsse sich aber bevor man etwas in den Raum stellt und damit in den Gemeinderat geht, vergewissern.

GR Paar meint, es gehe um die Neuausschreibung und darüber soll abgestimmt werden; man sollte jetzt nicht wegen €100.000,00, €105.000,00 oder €200.000,00 streiten.

GR Scherz sagt, es gehe hier um €37.000,00 exkl. oder weit über €100.000,00.

GR Paar fügt hinzu, man könne einen einstimmigen GR-Beschluss nicht negieren.

GR Scherz wiederholt seinen zuvor gestellten Antrag.

1.Vzbgm. Grinschgl ersucht um Sitzungsunterbrechung.

GR Zarfl sagt, es sei in der Kulturausschuss-Sitzung vereinbart worden, dass die Fraktionen Unterlagen beibringen. Die SPÖ habe bei dieser Sitzung gesagt, Unterlagen zu haben, die er bis heute noch nie übermittelt bekommen habe.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 21.15 Uhr bis 21.27 Uhr.

1.Vzbgm. Grinschgl stellt fest, dass GR Scherz befangen ist und stellt den **Antrag**, aufgrund neuer Kenntnisse über das Zahlenwerk der Homepage, noch einmal über den Punkt abzustimmen, ob die Betreuung der Liebocher Homepage neu ausgeschrieben wird.

GR Paar sagt, das habe man doch schon beschlossen.

Anm.: GR Warzinger verlässt den Sitzungssaal.

1.Vzbgm. Grinschgl meint, man sei aber von anderen Informationen ausgegangen.

Wie auch dem Protokoll (vom 30.07.2007) zu entnehmen sei, sei die Rede von über € 100.000,00 gewesen.

1.Vzbgm. Grinschgl wiederholt auf Ersuchen von GR Zarfl seinen **Antrag**, ob die Homepage aufgrund neuer Erkenntnisse bzw. aufgrund der Kostenwahrheit, ausgeschrieben wird oder nicht.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, sie könne nicht darüber abstimmen, wenn sie nicht wisse, wie diese Erkenntnis sei.

Bgm. Pignitter sagt, da aufgrund dieses neuen Zahlenwerkes die Summen eben nicht so hoch seien, wäre noch einmal darüber abzustimmen.

GR Zarfl sagt, GR Scherz solle aber nicht nur die Kosten der Marktgemeinde Lieboch sondern auch die der KEG, nennen. Diese seien nämlich im von GR Scherz genannten Zahlenwerk nicht enthalten.

Auf die Frage von GR Mag. Marx, warum GR Scherz in der letzten GR-Sitzung beim ggst. TO-Punkt nicht befangen gewesen ist und heute schon, antwortet der Bgm., beim Beschluss, die Homepage auszuschreiben oder nicht, gelte GR Scherz als befangen.

Wenn er nicht mitbieten würde, wäre es egal aber so nicht.

GR Zarfl sagt, er habe den Antrag von 1.Vzbgm. Grinschgl noch immer nicht verstanden. Ein Antrag könne nicht als Frage formuliert sein.

1.Vzbgm. Grinschgl stellt daraufhin den **Antrag**, nicht neu auszuschreiben.

Anm.: GR Wiesenhofer kommt zur Sitzung (21.30 Uhr).

GR Warzinger nimmt wieder an der Sitzung teil.

Bgm. Pignitter ersucht über den Antrag von 1.Vzbgm. Grinschgl abzustimmen.

Für den Antrag von 1.Vzbgm. Grinschgl stimmen

Bgm. Pignitter, GK Blümel, 1.Vzbgm. Grinschgl, GR Horwath, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler und GR Werner Riegler (SPÖ).

Dagegen stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM ÖkR KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg, GR Wiesenhofer (ÖVP), GR Mag. Hirschmugl-Fuchs, GR Mag. Marx (Die Grünen Lieboch), GR Zarfl (FPÖ), GR Koren und GR Warzinger (SPÖ).

GR Scherz stimmt aufgrund Befangenheit nicht mit.

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (8 Dafürstimmen : 12 Gegenstimmen).

Zum bereits eingangs gestellten Antrag von GR Zarfl, meint der Bgm., es könne keinesfalls weniger sein als jetzt bzw. könne die Gemeinde dabei keine Tätigkeiten übernehmen, da es sonst unfair wäre. Bisher habe die Gemeinde auch keine Tätigkeiten bei der Homepage machen müssen. Dies wolle er nur noch einmal für das Protokoll ergänzend betonen.

GR Zarfl sagt, es sei in seinem Antrag alles beinhaltet und darüber sei abzustimmen.

Es könne ein eigener Antrag vom Bgm. eingebracht werden, aber sein Antrag stehe.

Der Bgm. sagt, das wisse er; dann sei es ein Zusatzantrag.

GR Zarfl entgegnet, er stelle keinen Zusatzantrag, es könne nur ein eigener Antrag sein.

Bgm. Pignitter meint, er stelle dazu gar keinen Antrag mehr. Er wolle nur für das Protokoll festhalten, dass bisher alle Tätigkeiten von GR Scherz gemacht wurden, einschließlich fotografieren etc.

Wenn eine Neuausschreibung erfolgt, gehe er davon aus, dass dort zumindest die gleichen Voraussetzungen gegeben seien.

2.Vzbgm. Lang sagt, das sei nur eine Anmerkung des Bgm. und fragt, ob das auch so zu verstehen sei.

Bgm. Pignitter erklärt, das sei eine Wortmeldung für das Protokoll und ersucht über den Antrag von GR Zarfl abzustimmen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

GR Mag. Marx sagt, er habe aufgrund neuer Zahlen, die vor kurzem aufgetaucht seien, einen Dringlichkeitsantrag zu stellen.

GR Mag. Marx stellt daraufhin den **Antrag**, auf Gewährung eines Bezuges für Ausschuss-Obleute und dem/der Vorsitzenden der Schriftführer.

Der Gemeinderat möge beschließen, dass Ausschuss-Obleuten und dem/der Vorsitzenden der Schriftführer mit Wirksamkeit vom 1.9.2007 ein Bezug in Höhe von 19 % jenes des Bürgermeisters, entsprechend dem § 10 des Gemeindebezügegesetzes, gewährt wird.

Der Bgm. macht darauf aufmerksam, dass in einer Sitzung nicht über denselben Antrag zweimal abgestimmt werden dürfe; dies stehe in der Gemeindeordnung.

2.Vzbgm Lang sagt, es handle sich nicht um den gleichen Antrag, da es sich um 19 % und nicht um 20 % handle.

GR Mag. Marx sagt, es sei ihm vorher nicht eingefallen, einen Abänderungsantrag stellen zu können, zwischenzeitlich sei er belehrt worden.

1.Vzbgm. Grinschgl sagt, er glaube, man wolle seine Fraktion, minimal ausgedrückt, „papierln“ oder sekkieren und nicht zusammenarbeiten.

GR Scherz meint, das sei die Spitze gewesen

1.Vzbgm. Grinschgl erklärt, es gehe ihm nicht gut und er müsse leider heimgehen.

GR Scherz sagt, ihm gehe es auch nicht gut.

2.Vzbgm. Lang meldet sich zu Wort und wünscht 1.Vzbgm. Grinschl, wenn es ihm nicht gut gehe, gute Besserung, ebenso auch GR Scherz. Das sei kein Problem und könne passieren.

GR Scherz fügt hinzu, auch wenn es ihn positiv betreffen würde, spiele er dabei nicht mit.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, da sie in keinem Ausschuss Mitglied sei, habe sie bisher ganz wenig über die Ausschussarbeit erfahren.

Wenn die Ausschussobleute regelmäßig berichten, hätten sie einiges zu tun, um die Berichte zu erstellen und alles vorzubereiten. Sie finde es schon gerechtfertigt, wenn das abgegolten werde.

Es sei daher ihre große Bitte, eine regelmäßige Berichterstattung zu gewährleisten, damit auch die „einfachen“ Gemeinderäte wüssten, was läuft.

GR Helene Marx sagt, die Tagesordnung werde immer wieder erweitert. Sie sei vom Urlaub aus Stegersbach gekommen, in der Hoffnung eines schnellen Sitzungsverlaufes.

Aber wenn immer wieder ein neuer Antrag gestellt werde, interessiere es sie nicht und sie wolle sich von der Sitzung entschuldigen.

2.Vzbgm. Lang fragt, wann die nächste Sitzung sei, da es den Anschein von Auflösungserscheinungen habe.

GK Blümel sagt, sie habe ihre Enkelkinder zuhause.

GR Scherz meint, er habe sie die GR-Sitzung ein wenig anders vorgestellt. So spiele man nicht, zumindest seine Fraktion nicht.

*Anm.: Im Anschluss verlassen folgende Gemeinderäte die Sitzung:
GK Blümel, 1.Vzbgm. Grinschl, GR Horwath, GR Helene Marx,
GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler und GR Werner Riegler (SPÖ).*

Bgm. Pignitter schließt aufgrund der nicht mehr vorhandenen Beschlussfähigkeit (es sind nur noch 13 Gemeinderäte/Innen anwesend) die Sitzung.

Ende der Sitzung: 21.42 Uhr